

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet.
Inserate werden nur gegen vorherige Einfindung des Betrages auf-
genommen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 14. April 1906.

10. Jahrgang.

Achtung!

Die Adresse des Zentralvorstandes, Kassierers und
der Redaktion und Expedition lautet jetzt:

Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV. rechts, Volkshaus.

Wir ersuchen, diese Adresse genau zu beachten.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Rehheim, Regensburg, Mainz. Bewegung erfolgreich beendet.
Bamberg. Werkplatz Hartmann ist gesperrt. Die Organisierten wurden entlassen.

Blauenburg a. Harz. Nach hier ist Zugang fernzuhalten. Die Vorstandsmitglieder wurden gemahnt.

Saubittelbrunn (Bahlstelle Kirchheim). Firma Hemm ist gesperrt.

Kalmbach. Firma Kaviol gesperrt.

Sindensfeld, Bensheim und Elmshausen. Die Aussperrung wurde abgebrochen. Zugang von auswärtigen Kollegen ist noch streng fernzuhalten.

Bencha-Brandis. Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung. Herr Preißer sucht Steinarbeiter aus Italien. Auch die übrigen Unternehmer stellen sich dem eingereichten Tarif hartnäckig entgegen.

Osnabrück. Bei der Firma Steinhauer befinden sich die Kollegen im Streik. Grund: Unerhörte Lohnkürzungen.

Gafferode und Umgebung (Harz). Für die Schmiede in der Granitbranche ist Zugang streng fernzuhalten. Außerdem möchten wir unsere Kollegen allerorts in der Granitindustrie ersuchen, die Schmiede bei eventuellen Arbeitsangeboten von hiesigen Unternehmern auf die hier bestehenden Differenzen aufmerksam zu machen. Wie man hört, sollen die Unternehmer bemüht sein, Schmiede aus dem Oberrhein sowie bayrischen Wald heranzuziehen.

Greifswald. Bewegung bei der Firma Diede erfolgreich beendet. Der Betrieb der Firma Jagdmann ist für Steinmetzen und Schleifer nach wie vor gesperrt.

Olsdorf. 15 Steinmetzen befinden sich im Streik.

Kleinheinersdorf-Krippen. Zugang nach hier ist zu meiden.

Bad-Dürkheim. Platz Gebr. Fideisen gesperrt.

Heppenheim. Bei der Firma G. A. Bruchner stehen 14 Kollegen im Streik.

Börsen. Zugang ist streng fernzuhalten. Der derzeitige Geschäftsführer Georg Bauer hat vor kurzem 8 Verbandsmitglieder entlassen und zwar wegen ihrer Tätigkeit für unsern Verband.

Berbersdorf-Rohwein. Der Steinbruchbesitzer Herze beliebt die Methode, die an der Spitze stehenden Kollegen der Ortsverwaltung zu entlassen. Der Bruch ist gesperrt und eventuelle Arbeitsangebote sind zu ignorieren.

Ulm. Arbeitsangebote nach hier sind zurückzuweisen. In Herrlingen bei Ulm sind die Kollegen, nachdem sie wegen der Witterung aussetzen mußten, nicht wieder eingestellt — weil der Lohn zu hoch war. Steinmetzen sollen durch Inserate herbeigeholt werden. Also Vorsicht! Name der Firma: Sackler, Baubureau Wieland.

Kiel. Seit dem 2. April stehen die hiesigen Steinmetzen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Strasburg i. Elz. Platz Dree ist gesperrt.

Ludwigshafen a. Rhein. Die Firma Karl Kappeler ist gesperrt.

Bonn. Die Firma Dübbs ist gesperrt.

Dangensalza. Die Lohnbewegung ist beendet. Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen.

Potsdam. Die Kollegen stehen seit dem 2. April im Streik. Zugang nach hier ist streng zu meiden.

Alsenz. Am 31. März legten 171 Kollegen die Arbeit nieder.

Münster. Platz Hiltrup ist gesperrt.

Oberbillingshausen. Wegen Lohnforderung wurden die Kollegen von dem Unternehmer Guthoff kurzerhand entlassen, ohne die Kündigungsfrist einzuhalten.

Solmar i. Elz. Die Kollegen stehen im Streik. Zugang ist also streng fernzuhalten.

Weslar. Die Firma Dickerhoff-Neumann kündigte zehn Kollegen wegen Verbandszugehörigkeit.

Leipzig. Der Bildhauer-Obermeister Rudolf Cölln, welcher durch seine berühmte Submissionsofferte das Völkerschlachtenmal übertragen bekam, entließ vier Steinmetzen, weil sie den versprochen erhaltenen Lohn verlangten. — Die drei beschäftigten Bildhauer arbeiten billiger wie die Steinmetzen. Arbeitsangebote nach dort sind abzulehnen.

Brüg (Böhmen). Der Streik bei der Firma H. Burghart dauert unverändert fort. Letztere bemüht sich um Streikbrecher, besonders im Fichtelgebirge und Bayern. Dem-

gegenüber lautet für deutsche Steinarbeiter die Parole: Unterstützung der organisierten Kollegen in Brüg durch Vermeidung des Zugangs!

Basel (Schweiz). Zugang von Granit- und Marmorarbeitern nach hier ist streng fernzuhalten.

Passah.

Ja, das Erbe der Gesamtheit
Wird dem einzelnen zur Beute,
Und von Rechten des Besigtes
Spricht er dann, von Eigentum.
Seine.

Um die Frühjahrszeit feiern auch die Juden ihr Osterfest. Passah heißen sie's. Und es ist der Erinnerung geweiht an die Befreiung von quälender tyrannischer Herrschaft, an den Auszug der Kinder Israels aus Ägypten, wo sie in tiefer Sklaverei schmachteten.

Es ist eine für die frommsten Seelen recht unansehnliche Quelle, aus der wir schöpfen können, um zu zeigen, wie schon im grauen Altertum soziale Konflikte ähnlich denen unsrer heutigen Zeit bestanden, wie auch hier schließlich das Maß der Geduld bei den Unterdrückten endlich überließ und auf welche seltsame Weise die Letzteren sich zu entschädigen versuchten für jahrhundertalte Fron.

Das Alte Testament nämlich berichtet, daß, als König Pharao die Herrschaft in Ägypten angetreten, er mit großer Besorgnis die Vermehrung der ehemals eingewanderten Juden betrachtete. Deshalb sprach er also zu seinem Volke, den Ägyptern: „Siehe, das Volk der Kinder Israel ist viel und mehr denn wir. Wohl an, wir wollen sie mit List dämpfen, daß ihrer nicht so viel werden.“ Und man setzte Fronbögen über sie, die sie mit schweren Diensten drücken sollten. Aber je mehr sie die Kinder Israels drückten und plagten, desto weiter breiteten sie sich aus und vermehrten sich in erstaunlicher Weise. Pharao sah es und versuchte es nun mit Gewalt und Mord, indem er den „Wehmüttern“ (Gebammen) befahl, alle männlichen Kinder der Hebräer gleich bei der Geburt umzubringen. Auch das schlug fehl; die Wehmütter führten das Gebot nicht aus. So wurde König Pharao immer ängstlicher und ordnete schließlich an, daß alle männlichen Kinder des ganzen Volkes ins Wasser zu werfen seien.

Einen dieser Knaben fischte die Tochter Pharaos aus dem Strome und ließ ihn aufziehen. Das wurde Moses. Als er groß geworden, konnte er das Elend seines Volkes nicht mit ansehen, und er empörte sich. Mit ihm verband sich Aaron. Zu ihnen sprach Pharao: „Du, Mose und Aaron, warum wollt ihr das Volk von seiner Arbeit frei machen? Gehet hin an eure Dienste. Siehe, des Volkes ist schon zuviel im Lande und ihr wollt sie noch feiern heißen von ihrem Dienst.“ Und er befahl von neuem: „Man drücke die Leute mit Arbeit, daß sie zu schaffen haben und sich nicht lehnen an falsche Rede.“ Also geschah es; die Bedrückung wurde stärker, aber auch die Empörung wuchs. Klage über Klage hallte zum Himmel. Bis dieser endlich eingriff und fürchterliche Plagen über das ganze Land sandte, um den König milder zu stimmen. Der trotzte, bis der Herr alle Erstgeburt von Menschen und Vieh in Ägyptenland vernichtete. Dann entschloß sich der König, die Kinder Israels ziehen zu lassen. Diese aber hatten getan, was ihnen Mose nach dem Befehl des Herrn geboten hatte: ein jeder borgte sich silberne und goldene Gefäße von den Ägyptern — und mit diesen entliehenen Schätzen machten sich die Kinder Israels aus dem Lande, in dem sie Jahrhunderte in schmählicher Knechtschaft zugebracht. Von Pharao doch schließlich wieder verfolgt, durchschritten sie das Rote Meer, in welchem der König mit samt seinem ganzen Heere den Untergang fand. Die geretteten Hebräer aber brachten sich und ihre Schätze in Sicherheit und gelangten nach der Wanderung durch die Wüste in das gelobte Land.

Soweit das Alte Testament.

Im Talmud, dem Sagenbuche der Juden, findet sich eine Fortsetzung.

Dort heißt es, daß, als nach vielen Hunderten von Jahren Alexander der Große die Welt erobert hatte, sich die Nachkommen jener Ägypter der von den Hebräern „entliehenen“ Schätze erinnerten und sie mittels Klage bei Kaiser Karl von den Nachkommen der ausgewanderten Juden zurückverlangten. Eventuell müsse ihnen der Wert ersetzt werden.

Alexander schickte die Klage nach Jerusalem und ließ die Juden befragen, was sie darauf zu erwidern hätten. Daraufhin versammelten sich die Priester, die Weisen und Schriftgelehrten im Tempel. Es war große Bestürzung unter ihnen, denn die Tatsache der „Entleihung“ konnte nicht bestritten werden. Als sie zu keinem rechten Entschluß kommen konnten, erhob sich ein kleiner Budliger namens Gila und sagte: „Schickt mich zu dem großen Welteroberer. Ich werde die Sache unsres Volkes führen, denn ich weiß, was ich den Ägyptern antworten muß. Noch kann ich es nicht enthüllen. Gelingt aber mein Plan, so sind wir aller Sorgen ledig. Erreiche ich meinen Zweck nicht, so mögt Ihr sagen, ich sei nicht Euer Vertreter und habe nur aus eigener Machtvollkommenheit gehandelt. Ihr könnt dann noch immer tun, was Ihr wollt.“

Die Juden stimmten dem Plane zu und Gila wanderte zum großen Alexander.

In friedlicher Sitzung ward vor diesem verhandelt. Als die Ägypter ihre Klage um Rückerstattung der goldenen und silbernen Gefäße begründet hatten, fragte Alexander den Budliger, was er darauf erwidern könne. Gila antwortete, er müsse zunächst wissen, welche Beweise die Ägypter für ihre Behauptungen hätten. Da öffneten die Kläger die Bücher Moses und wiesen nach, daß dieser selbst den Hergang genau wie sie erzähle.

„Ist das all euer Beweismaterial?“ fragte Gila.

„Das ist alles, aber auch von unwiderlegbarer Beweiskraft“, lautete die Antwort.

„So erkennt ihr also das Alte Testament als höchste Autorität und alles, was darin steht, als unzweifelhaft richtig an?“

„Jedes Wort darin ist ewige Wahrheit!“ versicherten die ägyptischen Gesandten.

„Nun denn, wenn das so ist“, sagte Gila, „so wollen wir weiter darin forschen.“

Und nun verließ der kluge Vertreter der Juden aus dem Testamente die Geschichte der jüdischen Gefangenschaft in Ägypten. Wie die Hebräer auf Einladung Josephs und der Pharaonen als freie Männer ins Land gekommen seien und wie sie dann in Knechtschaft gebracht, darin festgehalten und gezwungen worden seien, schwere Sklavendienste zu verrichten. Vierhundert und dreißig Jahre lang hatten sie so in der Gefangenschaft geschmachtet und gelitten und sich stetig dabei vermehrt. Für alle ihre Arbeit aber erhielten sie niemals Lohn, sondern nur eine erbärmliche Existenz. Als sie dann endlich auszogen aus dem Lande, das sie aufs schmachlichste ausgebeutet hatte, betrug ihre Zahl, abgesehen von Frauen und Kindern, 600 000 wehrfähige Männer, wie ausdrücklich im Alten Testament festgesetzt sei. Danach könne man sich vorstellen, welche Unsumme von Arbeit seitens der Juden von Anbeginn ihrer Sklaverei unter den Ägyptern geleistet worden sei und wie hoch der Betrag des ihnen für 430 Jahre Arbeit schuldig gebliebenen Lohnes sein müsse. Wenn man nun diese kolossale Summe, die die Juden nie erhielten, dem Wert der entliehenen silbernen und goldenen Gefäße gegenüberstelle, dann werde sich mit Klarheit zeigen, daß die Ägypter den Juden noch ungeheure Lohnsummen schuldig seien; denn die geborgten Schätze wögen nicht annähernd diese Schuld der Ägypter auf.

Auf diese Argumentation verloren die ägyptischen Gesandten die Sprache; schweigend zogen sie sich zurück. Alexander aber entschied zugunsten der Juden.

Die für uns aus dieser kleinen Ostergeschichte zu ziehende Moral springt ins Auge. Es ist ein alter Einwand unsrer Gegner, daß der Sozialismus sich nur unter ungeheuren Rechtsbrüchen verwirklichen lasse, da er eine Enteignung der Besitzenden voraussetze und also schließlich auf einen Diebstahl im großen hinauslaufe. Sozialistische Theoretiker haben diese Beforgnisse zu zerstreuen gesucht, indem sie möglichst schmerzlose Operationen ausdachten, mittels deren die Umwandlung des individuellen in kollektivistisches Eigentum vor sich gehen solle. Man kann all das auf sich beruhen lassen. Die Frage ist nicht gerade brennend, und große geschichtliche Ereignisse vollziehen sich auch jenseits von Gut und Böse. Sie sind eines Tages da — da als notwendig und unvermeidbar. Aber eines steht fest: wenn schon einmal eine Rechnung auf beiden Seiten aufgestellt werden müßte, so ist nicht der mindeste Zweifel, daß das größere Guthaben auf Seite der Arbeiter zu finden wäre.

Schon im gewerkschaftlichen Tageskampfe, der um Pfennige und Groschen geht, tritt uns häufig jene merkwürdige Entrüstung entgegen, die aus jeder Lohnserhöhung oder Arbeitszeitverkürzung einen Raub am wohlverworbenen Eigentum des Unternehmers macht. Am wohlverworbenen Silberlinge oder Nickel gibt kaum einer den Arbeitern hin, ohne den heimlichen Gedanken, sie sich bei nächster Gelegenheit als ein ihm widerrechtlich entwundenes Eigentum zurückzuholen. Jede kleine Belastung durch die soziale Versicherungsgesetzgebung wird als ein Opfer an Eigentum betrachtet, nicht als ein den Arbeitern rechtmäßig zukommendes Teilchen dessen, das ihnen gebührt.

Der Eigentumsfanatiker von heute sieht die Dinge ähnlich wie die Ägypter: die Schuld der andern leuchtet ihm ohne weiteres ein, nicht aber die eigene Verpflichtung. Und doch kann kein Volk, kann keine Arbeiterklasse jemals das in vollem Umfange zurückerhalten, was ihnen nur im Laufe einer Generation gestohlen und widerrechtlich vorenthalten wurde, ganz zu schweigen von dem, was ihnen in Jahrhunderten der Lohnknechtschaft genommen worden ist. —

Vom Verbandstag.

II.

Nach dem sehr instruktiven Referat des Kollegen Wittenmeier über die Notwendigkeit, befohlene Gauleiter anzustellen, konnte die Diskussion natürlich sehr kurz sein. Im Auftrage des Zentralvorstandes gab Kollege Starke die Erklärung ab, daß weitere Anstellungen unter allen Umständen notwendig seien. Diese Frage wurde in eine

Kommission verwiesen. Als Resultat ergab sich folgendes:

Es werden fünf Gauleiter angestellt, und zwar in Straßburg, Mannheim, Hannover, Köln und Dresden. Dieser Kommissionsbeschluss, verkündet durch Braun-Warthau, wurde im Plenum mit lebhaftem Beifall angenommen. Jeder Delegierte sah ein, daß mit der bisherigen Agitationsmethode gebrochen werden mußte. Zweifellos wird dieser Beschluss für den Verband von größtem Vorteil sein. Die Kostenfrage konnte nicht ausschlaggebend sein, denn ein tüchtiger Gauleiter macht sich von selbst, durch die neugewonnenen Mitglieder, bezahlt. Die Stellen der Gauleiter werden demnächst im Stein- arbeiter zur Bewerbung ausgeschrieben werden müssen, hoffentlich werden sich recht viele Kollegen an der Bewerbung beteiligen. Von großem Vorteile würde es sein, wenn die anzustellenden Gauleiter vielleicht 4-6 Wochen im Zentralbureau, also auf der Leipziger Hochschule, um über sämtliche Verbandseinrichtungen genügend informiert zu werden, beschäftigt würden. Die Metall- arbeiter haben mit dieser Methode sehr günstige Erfahrungen gesammelt.

Weiter war es erfreulich, daß das Fachblatt nunmehr sechsseitig zu erscheinen hat. Es wird diese Vergrößerung von allen Verbandsmitgliedern mit größter Freude begrüßt werden. Wir erwarten, daß die schreibfähigen Kollegen in Zukunft mehr als bisher sich als Mitarbeiter an unserer Fachzeitung betätigen. Die Veröffentlichung der Versammlungsberichte kann auch in Zukunft eine größere Berücksichtigung als in der letzten Zeit — nicht finden.

Ueber das Thema Streiks und Tarifwesen sprach Staudinger. Die vorgelegte Resolution hierzu wurde mit zwei kleinen Abänderungen einstimmig angenommen. Staudinger plädierte für einheitliche Tarife in der jeweiligen Branche Berufs. Der Vorstand wurde nun beauftragt, Einheitstarife für die Sandstein-, Granit- und Marmorindustrie aufzustellen; insbesondere dort, wo wir Tarife zukünftig abschließen, ist dieser Einheitstarif zur Anerkennung zu bringen. Die Debatte zu diesem Punkte war äußerst sachlich. Kollege Seidel gab seine reichen Erfahrungen mit dem Dresdner Schiedsgericht zum besten und verstand es auch sonst, sehr beachtenswerte Pointen in die Debatte zu werfen.

Heiß umstritten wurde die Krankenzuschüsse. Der bestellte Referent war Kollege Siebold. Sein Referat war sehr gut durchgearbeitet, und die vorgeführten Zahlen waren unwiderleglich. Siebold betonte mit Recht, die Vorstandsvorlage sei nicht noch einmal besonders zu begründen. Denn eine andre Berechnungsart wurde bisher von keinem Kollegen aufgestellt. Die Debatte, trotzdem mit aller Schärfe gekämpft wurde, bewegte sich durchwegs im Rahmen der größten Sachlichkeit. Gleich die ersten drei Redner waren Gegner der Vorstandsvorlage. Zund-Berlin II als erster Diskussionsredner sprach wohl mehr gegen, als für die Vorlage; er ließ sich aber durch die Debatte belehren, und stimmte bei der Entscheidung mit ja. Offen gestanden, die Krankenkassengegner haben ihren Standpunkt nicht allzu scharf verteidigt. Steininger zum Beispiel betonte als Granitsteinmeßer, seine Berufsgenossen in Meissen hätten für diese Zahlstelle berechnet, mit 10 Pfg. Beitragserhöhung sei die Vorstandsvorlage nicht durchführbar. Brüel-Beucha, ebenfalls aus einem großen Granitdistrikt, sagte das Gegenteil. Eins freut uns insbesondere, daß die Striegauer Delegierten für die Vorstandsvorlage stimmten. Die nicht allzu guten Finanzverhältnisse der Striegauer örtlichen Krankenzuschüsse mag den betreffenden Delegierten ihre Schwenkung in das Lager der zentralisierten Krankenkassenfreunde etwas erleichtert haben.

Die Annahme der Vorstandsvorlage stand auf des Meßers Schneide. Es war vom Zentralvorstand eine Zweidrittelmehrheit beantragt und nur mit knapper Not wurde dieselbe erreicht. Die Entscheidung lag bei den Berlinern. Walter, Hanschke und Zund, welche als Gegner kamen, votierten mit ja und sicherten somit die Annahme der Vorstandsvorlage. Hanschke gab unter größter Spannung des Verbandstages vor der Abstimmung die Erklärung ab: Die Berliner stimmen mit ja, sie könnten es nicht verantworten, die Vorlage zu Falle zu bringen. Diese Erklärung wurde mit lebhaftem Bravo aufgenommen. Kollege Siebold konnte in seinem Schlusswort kurz sein. Die Vorlage war genügend und ebenso geschickt von den verschiedensten Diskussionsrednern verteidigt. Am meisten traf in der Diskussion wohl den Kern der Sache Genosse Reichstagsabgeordneter Dipinski, der Stenograph des Verbandstages. Er meinte, wenn jetzt schon so viele örtliche Krankenzuschüsse bestehen und dieselben nicht gedeihen können, um desto besser ist es, wenn eine Zentralisierung erfolge. Vom kaufmännischen Standpunkt aus sei der Großbetrieb im Warenhaus bedeutend billiger und dabei viel rentabler, als der Kleinbetrieb bei den Krämmern und kleinen Verkaufsleuten; es schein ihm, als wolle der Verbandstag hier einen recht zünftlerischen Standpunkt einnehmen.

Dieser Vergleich war sehr zutreffend und so mancher Delegierte, welcher vorzüglich mit nein stimmen wollte, gab der Vorstandsvorlage seine Sanftion. Unter diesen Schnellbefeherten befand sich auch Schubert-Rachwitz, welcher durch seine Zwischenrufe in der Diskussion sehr deutlich seinen gegnerischen Standpunkt verriet.

Nachdem dieser heiß umstrittene Punkt verlassen war, ging es an die Beratung des Statuts. Die Reiseunterstützung zum Beispiel wurde von 60 auf 75 Pfg. pro Tag erhöht. Die Reisekarten werden vom 1. September ab wiederum von den Vertrauensleuten ausgefertigt. Hier legte sich besonders Braun-Warthau für die reisenden Kollegen sehr warm ins Zeug, aber auch der Vorstand war von vornherein einer Erhöhung der Reiseunterstützung nicht abgeneigt. Kollege Braun hatte mit großem Fleiß drei Landkarten gezeichnet, um darzutun, wie sich 1905 der Verband entwickelt hat und weiter wollte er mit dieser Darstellung beweisen, wie weit die Orte, die Reiseunterstützung auszahlen, voneinander entfernt liegen. Von den Delegierten wurden diese Karten mit dem größten Interesse in Augenschein genommen.

Für neueintretende Mitglieder kommen die Interims- karten zur Einführung. Erst wer ein Jahr Mitglied ist, kommt in den Besitz eines Mitgliedsbuches.

Zeitungs- und Delegiertenmarken kommen von nun an in Wegfall, um mit der Hauptkasse dadurch einen finan-

ziellen Ausgleich herzustellen; der Beitrag wird um 5 Pfg. pro Woche für jede Klasse erhöht. Eine weitere Erhöhung um 10 Pfg. pro Woche bringt die Einführung der Krankenzuschüsse. Für viele Zahlstellen bedeuten diese beiden Neuerungen überhaupt keine Beitragserhöhung, denn wir kennen Zahlstellen, die bisher schon einen Wochenbeitrag von 50-70 Pfg. erheben.

Die erhöhte Beitragsleistung tritt mit dem 1. Juli 1906 in Kraft; mögen die Delegierten bei ihrer Berichterstattung genügend darauf verweisen, daß die eingeführten Neuerungen auch finanzielle Opfer verlangen.

Kollege Starke behandelte zum weiteren Punkt der Tagesordnung den Gewerkschaftskongress in Köln. Seine Ausführungen ließen den Schluss zu, daß er nicht alle Beschlüsse dieses Kongresses billigt.

Weiter referierte Gauleiter Hermann-Frankfurt über das Thema: Wert der Arbeitsnachweise. Seine Ausführungen waren mehr theoretischer Art, zweifellos wird ein Teil des Besagten praktisch auch bei uns durchführbar sein. Wir kommen auf dieses Thema demnächst noch zurück.

Wir müssen mit Nachdruck betonen, daß der Verbandstag mit seinen gefassten Beschlüssen ganze Arbeit geleistet hat. Jedes Gliedwerk wurde in Nürnberg unterlassen und man muß sagen, es kamen im allgemeinen bei der Debatte sehr weitsehende Gesichtspunkte zum Ausdruck. Wir zweifeln nicht, daß, wenn der nächste Verbandstag wieder zusammentritt, sich die Mitgliederzahl unsres Verbandes bedeutend gehoben hat.

Klare Ziele.

Die von Marx mit wunderbarem Scharfsinn entdeckte Dialektik der Geschichte wird von den wirtschaftspolitischen Tatsachen des Tages immer wieder von neuem schlagend dokumentiert. So viele Antimarxisten auch geschrieben worden sind, so oft sich auch die Leuchten der bürgerlichen Nationalökonomie an dem unerschütterlichen Granitbau eines Marx die gelehrten Köpfe eingerannt haben, das eine scheint man sich nicht so wünschenswert tief einprägen zu wollen, wie es nötig wäre: daß es nämlich keinen besseren Marxisten wie die Zeit gibt! Kein übles Beispiel hierfür schenkt uns die neueste Gewerkschaftsgeschichte, die uns mit größtmöglicher Deutlichkeit zeigt, wie auch sie von dem dialektischen Widerspruch beherrscht wird, wie auch die Gewerkschaft gar oft nur ein Teil ist „jener Kraft, die stets das Böse will und immer Gutes schafft“. (Sofortlich freidet uns niemand das Zitat an, weil er es wörtlich nimmt!)

Es war der sonst so tüchtige Bömelsburg, den in Köln auf dem Gewerkschaftskongresse plötzlich eine schlimme Müdigkeit befallen haben muß, als er für die zu Kampfes- zwecken vorhandenen Gewerkschaften „Ruhe“ ersehnte und aus diesem Resignationsgefühl heraus sich gegen die gewerkschaftliche Diskussion des politischen Massenstreiks entschied. Gewiß, der Kongress hat sich in seiner Mehrheit Bömelsburgs Ausführungen angeschlossen. Aber der Erfolg! Heute liegen die Dinge so, daß die also verpönte Massenstreikfrage jeden organisierten, mindestens aber jeden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufs aller- lebhafteste beschäftigt und er gar nicht mehr anders kann, als der berühmten Kölner Resolution zuwider zu handeln. Damit ist aber dargetan, daß der Kölner Standpunkt ein von Grund auf verfehlt war, ist doch in der Tatsache das Gegenteil seiner theoretischen Wünsche erreicht worden. Und wie hätte das auch anders sein können! In Köln erfüllte den Kongress der Wille, lediglich den wirtschaftlichen Gedanken der Gewerkschaft vor aller Welt leuchten zu lassen. Das ist realpolitisch und staatsmännlich, kalkulierte man wohl. Mit Argusaugen wurde darüber gewacht, daß niemand Anlaß habe zur Klage:

Ein garstig Lied! Wui, ein politisch Lied!

Gewerkschaftsführer mit Namen von Klang leisten auf diesem Gebiete ja übermenschliches. Ein Leimpeters agitiert für vollständige Unabhängigkeit von jeder politischen Partei; Robert Schmidt ist unter die Fatalisten gegangen mit seiner so menschlich ansprechenden Bertröstung: „Wir können nicht vernichtet werden!“ — und Bringmann dringt bei seinen logischen Exkursionen so tief in unbekanntes Land ein, daß er entdeckt: Verschlechterung der Lebenshaltung, Krisen und Arbeitslosigkeit werden erzeugt oder können erzeugt werden durch politisch- parlamentarische Aktionen (s. Zollgesetzgebung)! Erap ist der „einzige“ Rettungsanker unsrer erfolgreicher Zentralverband! — Schon daraus erkennt man eine gefährliche Unklarheit bei manchen unsrer Führer. Wenn dieselbe noch nicht größeres Unheil angerichtet hat, so bedanke man sich bei der Masse der Geführten, die genug politischen Instinkt besitzt, um in der Frage des Massenstreiks anderer Meinung zu sein als ihre Leiter, die zu leicht der Gefahr ausgesetzt sind, durch ihr Aufgehen in der gewerkschaftlichen Tagesarbeit des Augenmaßes für wichtige großzügige Aktionen, die von einer höheren Warte aus beurteilt sein wollen, verlustig zu gehen. Das ist keine anmaßende Behauptung, sondern die Ansicht autoritärer Gewerkschaftler wie Tom Mann, Burns usw. Leute also, welche gerne von Bringmann und Genossen zitiert werden und mit Behagen zitiert wurden von den — Revisionisten seligen Angedenkens.

Will man also um jeden Preis das politische Moment aus der Gewerkschaft verbannen, so beweise man nur erst, daß dieses nicht auch eine eminent praktische Frage für diese ist; so beweise man uns erst, daß es nicht wahr ist, daß die Gewerkschaft aus gewissen politischen Zuständen erst herauswächst! Man widerlege, daß die Gewerkschaft mit der Preß-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit steht und fällt!

Solange man aber dies nicht kann, erübrigt sich für den Klassenbewußten Arbeiter dieses:

Denk an den politischen Massenstreik! G. S.

Korrespondenzen.

Gabernheim. Am Sonntag, den 1. April, fand im Gasthaus zum Deutschen Haus eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung zwecks Gründung einer eignen Zahlstelle statt. Zahlreich fanden sich die Reichensbacher und Lindenfelder Kollegen ein, und die Gründung der eignen Zahlstelle wurde beschlossen, der sich zirka 25 Kollegen angeschlossen haben. Betreffs der Aussperrung durch die beiden geldherrschaftlichen Nachhaber Kreuzer und Wöhlinger ermangelte der referierende Kollege Rausch nicht der scharfen und treffenden Kritik und ermahnte zum treuen Zusammenhalten zum Verband. Andre Kollegen traten für die Arbeiter-

preffe ein, die sichtlich immer mehr das große Werk der allgemeinen Arbeitervereinigung der Vollendung entgegenführt. — Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Adam Rausch, Gabernheim, 2. Vorsitzender Georg Mint, Lautern, Kassierer Johannes Daum, Gabernheim, Schriftführer Peter Seibert, Gabernheim.

Referat. Eine große öffentliche Versammlung der hiesigen christlichen Zahlstelle der Steinarbeiter tagte am 1. April im Gasthaus Mehnert. Große Plakate hatten ein dreißig- tausendköpfiges Publikum angelockt, darunter unsre sämtlichen Kollegen, sowie ein Teil der freien Gewerkschaftsmitglieder aus der Umgebung. Schon die Bureaumahl bot viel des Interessanten. Nicht weniger als dreimal mußte abgestimmt werden, um die hundertundvierzig Stimmen unsrer Partei mit der „erdrückenden Majorität“ von siebenundzwanzig Stimmen „niederzuschmettern“. Doch mußten die „Christlichen“ erst aus allen Winkeln des Gast- hauses Verstärkung heranziehen. Wir konnten beobachten, wie verschiedene christliche Herren, darunter ein Geistlicher, das Wahl- glied forrgierten, indem sie bei der gruppenweisen Abstimmung bald an diesem, bald an dem Ende des Saales mitwirkten. Die Zentrumspreffe schimpft natürlich wie ein Rohrpaß über die „Rohheit der Genossen“, die dagegen protestierten. Das Referat über Zweck der Organisation, sowie über die prinzipiellen Unter- schiede zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften, brachte nichts Neues. Herr Arbeitersekretär Königbauer stellte durch die Sätze: „Durch die Organisation soll dem Arbeiterstande Gleichstellung und Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen errungen werden; es soll ein Einfluß auf die Gesetzgebung aus- geübt werden“, gerade keinen Beweis für die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften auf. Dies hinderte ihn im zweiten Teile seines Referats aber nicht im geringsten, auf die freien Gewerkschaften loszubaden, weil sie nicht politisch neutral seien. Mit dem üblichen längeren Lamento über die sozialdemo- kratischen und religionsfeindlichen freien Gewerkschaften schloß der Referent. Seinen ruhigen und sachlichen Ausführungen trat Genosse Kraßsch aus München in gleicher Weise entgegen: Er betonte offen, daß er Sozialdemokrat sei; auch ein großer Teil der Mitglieder der freien Gewerkschaften seien Sozialdemokraten. Als Vorsitzender einer Gewerkschaft weise er die Behauptung, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder für die Partei erziehen und in ihnen den Religionshaß schüren, zurück; denn das be- sorgen schon die bürgerlichen Parteien mit ihrer arbeiterfeind- lichen Politik. Bei der steten gründlichen Behandlung wirtschaft- licher Fragen in den freien Gewerkschaften bilde sich die politische Meinung der Mitglieder ganz von selbst, da brauche man gar nichts dazu zu tun. An der Hand reichen Materials stellte der Redner die arbeiterfeindliche Haltung der bürgerlichen Parteien ins rechte Licht, denen die christlichen Gewerkschaften politische Handlangerdienste leisten, aber schlecht dafür belohnt werden. Die Christlichen werden als Schutztruppen gegen die Sozialdemo- kratie gehätschelt, aber von ihren Führern in den Parlamenten verraten; sie sollen erst machen aus ihren schönen Worten und wirkliche Arbeitervertreter in die Parlamente senden, statt sol- cher, die uns den Posttarif und andre schöne Geschenke gebracht haben. Auch die Agitation der Geistlichkeit für die christlichen Gewerkschaften und deren Vorgehen bei Streiks usw. unterzog Redner einer scharfen Kritik. Am Schlusse seiner Ausführungen, die oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurden, empfahl Genosse Kraßsch der Versammlung, sich selbst ein Urteil zu bilden und die sozialdemokratische Presse zu lesen, welche die Arbeiter- interessen am wirksamsten vertritt. Herr Königbauer suchte sich in seiner Entgegnung tapfer herauszuhalten, sprach wieder vom sozialdemokratischen Religionshaß und ging schließlich soweit, den vom Genossen Kraßsch angelegenen christlichen Arbeitererrat beim Streik der Holzarbeiter in Köln als völlig berechtigt hinzu- stellen. Die schwankende Beweisführung des Referenten wurde vom Genossen Kraßsch nochmals ausgiebig durchlöchert; auch für die Leitung der hiesigen christlichen Zahlstelle fiel etwas mit ab. Der Referent ging in seinem Schlusswort auf die hauptsächlichsten Ausführungen des Genossen Kraßsch nicht mehr ein, sondern be- gnügte sich damit, die Friedensschalmei zu blasen; es war auch schließlich das Vernünftigste, was er tun konnte. Einige ironische Zwischenrufe boten ihm willkommenen Anlaß, einen Tumult zu provozieren, den indessen Genosse Kraßsch sofort beschwichtigte. So daß der Referent sich noch des Langen und Breiten über den „rohen Terrorismus der Sozialdemokraten“ aussprechen konnte. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung. Mag sich die Zentrums- und christliche Gewerkschaftspresse über die Hand- lungsweise der „Genossen“ entrüsten soviel sie will, wir können es begreifen und entschuldigen, wenn unsre auswärtigen Freunde aus einem Munde, der den Arbeitererrat so bereit verteidigen konnte, kein derartiges Friedensgefäusel mehr annehmen wollten. Ist überhaupt diese Versammlung einberufen worden, um Frieden zu stiften? Nein, denn es bestand kein Streit zwischen den beiden hiesigen Zahlstellen. Der Zweck der Versammlung war, unsre Kollegen als +++Genossen und geschworene Religions- feinde einem ehrbaren Spießbürgerpublikum vor Augen zu führen und zu verächtlichen, um dadurch unsre Organisation zu sprengen. Das beweist der Wortlaut der Plakate, welcher uns „offene und versteckte Angriffe auf alles, was christlich heißt!“ vorwirft, was in der Versammlung aber weder aufgeführt, noch bewiesen wurde. Beweis: das Zusammentrommeln einer hundert- köpfigen, aus Bauern, Beamten und Unternehmern bestehenden Streitmacht, durch die kaum sechzig Mann starke, obendrein noch in die verschiedensten Berufe zerplitterte christliche Rettungs- station. Nun, ersteren Zweck haben die Christlichen erreicht. Hundertvierzig Mann stellten sich ihnen zur feierlichen „Ent- lassung“ und „Aufklärung“ zur Verfügung. Aber einen einzigen davon in seiner Ueberzeugung wankend zu machen dadurch, daß sie ihm das sozialdemokratische Schredgespenst rot und breit an die Wand malten, gelang ihnen nicht. Im Gegenteil, diese fort- während heuchlerische Verurteilung der Religion mit rein wirt- schaftlichen Fragen erweckt geradezu Abscheu bei allen ehrlich Denkenden. Das „Neue Münchner Tageblatt“ hat recht, wenn es schreibt: „Die Versammlung hat vielen die Augen geöffnet.“ Ja, das hat sie, aber nicht zugunsten der Christlichen! Diese kennen wir nun in ihrer ganzen Gelbengröße und — wir können es ruhig verraten — auch manchen christlichen Mitgliedern geht es wie uns: Das Gebaren ihrer vor und hinter den Kulissen stehenden Führer gefällt ihnen nicht. Und sie haben recht!

Ziel. Da wir schon seit vier Jahren einen Stundenlohn von 58 Pfg. hatten, sehen wir uns durch die Steigerung der Lebens- mittelpreise usw. veranlaßt, unsern Lohn- und Akkordtarif aufzu- bessern. Wir fordern einen Stundenlohn von 65 Pfg. und Auf- besserung des Akkordtarifs. Der Ablauf des alten Tarifs war am 1. April 1906. Der neue Tarif wurde den Meistern am 1. April 1906 unterbreitet. Sie legten ihn erst ruhig bei sich nieder, während die Unterhandlungen erst anfangs März be- gannen. In der ersten Verhandlung unterbreitete die Kommissi- on der Gesellen den Meistern nochmals mündlich den von uns, ausgearbeiteten Tarif, worauf die Meister zur Antwort gaben: den Stundenlohn könnten sie nicht zahlen, auch die Aufbesserung des Akkordtarifs wäre ihnen nicht möglich. Wir wurden mit den Meistern darüber einig, daß der Akkordtarif ganz wegfallen sollte. Sie boten uns einen Tarif für 4 Jahre: fürs erste Jahr 60 Pfg., fürs das zweite Jahr 62 Pfg., und für die beiden folgenden Jahre 65 Pfg. Stundenlohn; außerdem sollte der Tarif nunmehr am 31. Dezember ablaufen. Dieses Angebot wurde der Versamm- lung unterbreitet, welche den Beschluß faßte, 63 Pfg. für das erste, und 65 Pfg. für das zweite Jahr als Minimallohn zu for- dern. Dieser Beschluß wurde den Meistern sodann zugestellt, welche uns erklärten, sie könnten keinen Minimallohn bezahlen, weil sich unter den Steinmeßern viele minderwertige Kräfte be- fänden; ihren Vorschlag wollten sie festhalten mit der Abände- rung, daß fürs zweite Jahr 63 Pfg. bezahlt werden sollte ur-

der alle Affordtarif als Unterlage für die Lohnfestsetzungen der neuangestellten Steinmetzen und Junggefelten gelte. Unsere nächste Versammlung beschloß daraufhin, vorläufig von dem Punkt Minimallohn abzusehen, um ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern. Jetzt kamen die Meister in einer Weise entgegen, daß wir uns auf den alten Tarif als Unterlage verstanden und dann einen Stundenlohn von 63 Pfg. für das erste, von 65 Pfg. für das zweite Jahr und Tarifablauf am 1. April 1908 ansetzten. Die Meister aber erklärten, von ihrem Angebot nicht abzugehen und lehnten jede weitere Verhandlung mit uns ab. So sahen wir uns veranlaßt, den Gauleiter Kollegen Heinrich aus Hamburg hierher zu beordern. Auf Anfrage erklärte sich die Kommission der Meister bereit, nochmals mit dem Gauleiter und unserer Lohnkommission zu unterhandeln, was auch am Montag, den 2. April, geschah. Eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Dagegen erklärte die Kommission der Meister, am Nachmittag eine Meisterversammlung abzuhalten und uns den Beschluß per Telefon zulommen zu lassen. Dieser lautete: 60 Pfg. Stundenlohn für dieses Jahr, 65 Pfg. in den beiden nächstfolgenden Jahren. Also: Tarifablauf auf 8 Jahre, Ab- lauf am 31. Dezember 1908. Dagegen lautete unsere Forderung auf 63 Pfg. für dieses und 65 Pfg. für nächstes Jahr, Tarif- ablauf am 1. April 1908. Da die Meister um 6 Uhr abends den Beschluß der Steinmetzen erwarteten, wurden die Versammelten, welche sich rechtzeitig eingefunden hatten, darüber einig, nicht mehr von unserer Forderung zurückzugehen, da wir den Meistern ohnehin schon viel zu weit entgegengekommen seien und jeder- mann unsere Forderung als eine gerechte ansehen muß. Die Meister erhielten den Bescheid, daß wir an unserer letzten Forderung festhielten. In Betracht kommen 34 Mann, wovon sich gleich 12 Kollegen zur Abreise meldeten. Die Stimmung der Kollegen ist eine sehr gute. Am Orte befinden sich vier Arbeits- willige, mit Namen M. Rohde, Ch. Enke, Neumann und Grün- wald. Unserem Verbannde standen sie fern. Es sind Leute, die eben froh sein müssen, solche Arbeiten verrichten zu dürfen.

Leimen. Am 2. April legten die Kollegen in der Kunststein- fabrik die Arbeit nieder. Bei der Unterhandlung mit der Firma waren anwesend als Stellvertreter Gauleiter H. Stod aus Mannheim und H. Hartmann, Vorsitzender der Zahlstelle Leimen. Betriebsleiter Herr Karl Adam erklärte, er wäre für alles zu haben, bloß für die Einführung des Tageslohns nicht, durch den das Geschäft zugrunde gehen und er schließlich brotlos würde. Die Firma hätte bis jetzt noch keine Erfolge und läme bloß mit heiler Haut davon. Sie ließe manchmal bloß der Arbeiter wegen arbeiten. Diese Ausrüden verfangen natürlich bei uns nicht. Als Herr Adam merkte, daß wir auf diese Weise nicht zu erweichen sind, gab er doch probeweise die Einführung des Tageslohns zu und genehmigte auch den geforderten Stundenlohn von 60 Pfg. für jeden Arbeiter bei neunstündiger Arbeitszeit. Bisher war die Arbeitszeit 10 Stunden, der Stundenlohn bei Nacharbeit betrug 50 Pfg.; sonst wurde im Afford gearbeitet. Der abgeschlossene Vertrag weist erhebliche Verbesserungen auf. Für unsere Zahlstelle ist von großer Wichtigkeit, daß dies ihre erste Lohnbewegung ist und daß sofort ein großer Erfolg erzielt wurde.

Mainz. Dienstag, den 27. März, tagte im Verbandslokal eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung, zu welcher Kollege Häußer von der Gauleitung anwesend war. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Arbeitsniederlegung in der Kunst- steinfabrik von Jehr laut. Der Vorsitzende schilderte eingehend die Lage bei dieser Firma. Bekanntlich hatte diese Firma gleich den andern Geschäften unsern Lohnsatz von 1904, wonach der Stundenlohn auf 50 Pfg. erhöht wurde, anerkannt. Im Novem- ber v. J. jedoch führte diese Firma bei ungünstiger Lage das frühere Affordsystem wieder ein; außerdem wurden den Kollegen täglich 40 Pfg., genannt „Schablonengelder“, abgezogen. Ferner ließ die Entlohnung (bei anstrengender Wucherei!) viel zu wünschen übrig. Daraufhin legten die Kollegen im günstigen Moment einmütig am 20. März die Arbeit nieder, wurden auf dem Bureau vorstellig und verlangten Einführung eines ein- heitlichen Stundenlohns von 50 Pfg. und Abschaffung des Afford- systems. Herr Jehr laut antwortete ihnen telephonisch, daß „Er“ mit ihnen nicht verhandle; auch beanstandete „Er“ die später vor- stellig gewordene Kommission und erklärte, daß „Er“ den Stundenlohn von 50 Pfg. einführen, aber auch nebenbei den Afford beibehalten werde. Da selbstredend die Kommission ihre Zustimmung nicht so gab, wie er gehofft wurde, wurde der Verhandlungstag auf Donnerstag festgesetzt. Jehr laut bemerkte, wenn dann die Zustimmung nicht erfolge, werde er sich an die Ver- liner Herren wenden. Sovieil aus dem Ganzen zu entnehmen war, dachte er dabei an eine allgemeine süddeutsche Absperrung. In der Diskussion gab Kollege Häußer in jeder Hinsicht ge- nügend Aufklärung. Dann wurde der ausgearbeitete Tarif ein- stimmig angenommen. Auf Antrag werden für die im Aus- stand sich befindenden Kollegen Sammellisten zirkulieren. Des weiteren ersuchte der Vorsitzende um einige Benützung der lehr- reichen Verbandsbibliothek. Die Ausleihe jedes Buches erfolgt für die ersten 14 Tage unentgeltlich; für jede weitere Woche be- trägt die Leihgebühr 5 Pfg., welche für Instandhaltung und

Neuanschaffung verwendet wird. Nach weiteren interessanten Ausführungen des Kollegen Häußer wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband Deutsch- lands geschlossen.

Meißen I. Die 8. diesjährige Steinarbeiterversammlung fand am 29. März im Elisabethshaus statt. Es konnte mit Freude festgestellt werden, daß der Besuch der Versammlungen hier sich wieder steigert. Zu Punkt 1 erstattete der Kassierer den Kas- senbericht für das erste Vierteljahr 1906. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. So- dann erstattete Kollege Steininger Bericht über den letzten Streit bei Girschütz. Nach dem Bericht traten am 1. März nach er- folglosen Unterhandlungen wegen eines Tarifs sämtliche Ar- beiter der Firma Girschütz in den Streit, welcher bereits am 4. März zugunsten der Arbeiter beendet war. Wesentliche Vor- teile haben besonders die Pflasterer erzielt. Bei Punkt 2 Ver- schiedenes wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heute im Elisabethshaus tagende Versamm- lung der Steinarbeiter Meißen mißbilligt entschieden, daß seit dreiviertel Jahren die Fachblätter noch nicht an die richtige Adresse nach Meißen geschickt wurden und erblickt darin eine Schädigung des Verbands.“ Es wurde ferner noch zur Einhaltung der Bundesratsverordnung sowie zu regem Besuch der Versamm- lungen ermahnt und sodann die Versammlung geschlossen.

Dörschbach (Württemberg). Am 25. März fand in Dörsch- bach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung im Lokale Kosten- bader statt, die sehr gut besucht war. Sämtliche Kollegen er- schienen, die Referate des Kollegen Kloth und Gauleiters Klingler anzuhören, welche die traurige Lage unseres Berufs schilderten und sämtliche Kollegen aufforderten, sich dem Deutschen Stein- arbeiterverband anzuschließen. Dies geschah auch. Nur Stein- brecher waren bis jetzt noch nicht dazu zu bewegen. — Es wurde ein Zahlstelle gegründet mit dem Sitz in Dörschbach. Als erster Vorsitzender wurde gewählt: Albert Schlotterbeck, als Kassierer Johann Schlotterbeck, als Schriftführer Robert Haus.

Regensburg. Sonnabend, den 7. April, fand im Restaurant Wittelsbach eine Steinarbeiterversammlung statt. Es wurde den Kollegen nochmals der Vertrag vorgelegt, welcher von der Lohn- kommission ausgearbeitet wurde, und von sämtlichen anwesen- den Kollegen gut befunden. Die größte Hartnäckigkeit zeigten die Meister, die in keiner Weise den Arbeitern entgegenkamen, so daß auch unser Vertrag vom 12. März 1906 in den Lohnfor- derungen stark reduziert wurde. Aber in Erwägung, daß die Kol- legen erst seit September dem Verbannde angehören und die Mehrzahl erst 3 Monate organisiert ist, ist es immerhin zu be- greifen, daß mit unserm Vorgehen der Grund gelegt wurde, auf welchem wir rüstig weiter bauen werden. Heute wurde der Ver- trag den Meistern unterbreitet und bemilligt. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden mit halbstündiger Vormittags- und Nach- mittagspause und 1 1/2 Stunden zu Mittag. Im Winter richtet sich die Arbeitszeit nach der Tageshelle. Arbeitschluß ohne Lohn- abzug findet statt: an allen Jahrtagen um 5 Uhr; an Ostern, Pfingsten, Kirchweih und Weihnachten um 3 1/2 Uhr. Die Löhne werden um 5 bis 7 Prozent erhöht, für Ueberstunden ein weiterer Zuschlag von 20 Prozent gewährt, die Gemäßregelungen wurden wieder aufgenommen, der Vertrag auf zwei Jahre festgesetzt. Das scharfe Vorgehen mancher Meister wurde scharf kritisiert, zumal von den kleineren Meistern. Auch entspann sich eine leb- hafte Debatte über das Drucksystem der hiesigen Meister. Vor- sitzender Kirzinger schloß die Versammlung mit dem Wunsche, die Kollegen möchten noch fester zusammenhalten in der Organi- sation und gegebenenfalls mit verstärkter Macht auf dem Schlachtfelde erscheinen.

Runding. Am 25. März tagte im Siemethschen Brauhaus in Runding eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, in welcher Kollege Mittenmeier-Würzburg referierte. Von Werk Bla- berg und Bierau waren die Kollegen so ziemlich vertreten, und es gelang Kollegen Mittenmeier durch sein glänzendes Referat, die Steinarbeiter Blaiberger aus ihrem Indifferentismus zu rütteln. Es traten auf dem ersten Ansturm dem Verbannde 52 Mann bei, während im Verlaufe der darauffolgenden 14 Tage noch weitere 15 Neuaufnahmen erzielt wurden. Nun, Kollegen von Blaiberger und Bierau, liegt es an uns selbst, unsere Kräfte aufs sorgfältigste zu sammeln, um so eine vollständig geeinte Kraft ins Feld stellen zu können. Laßt allen alten Haber, laßt Zuträuen zueinander und Ihr werdet sehen, daß, wenn wir ge- schlossen dastehen, wir instande sind, unsere geradezu miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse menschenwürdig zu gestalten. Der Firma Bahrijsche Granit-Allien-Gesellschaft stehen wir nicht mehr allein gegenüber, da sich die Kollegen in Metten und Umgebung neu organisiert haben. — Die Wahl ergab: Vorsitzender: Ludwig Brcu, Kassierer: Mühlbauer, Schriftführer: Leenbacher, Revi- soren: Spanagel, Karl Leenbacher, Georg Klein.

Ströbel. Wird sich die Arbeiterschaft ihres Klassencharakters bewußt, was schon z. B. durch den Boykott sich ausdrückt, so bieten auch ihre Gegner sofort alles auf, um ihr den Weg zu ihrer Be- freiung zu versperrern. Diefem Zweck dient auch der hier vor kurzem gegründete Lotterieverein, dessen Zweck es ist: „Herr

Bügel (Bohyottiert!) soll auch etwas verdienen!“ Nun sind ja solche gegnerische Maßnahmen für uns durchaus nichts Neues, und wir werden auch daran nicht zugrunde gehen. Lehrsreich aber ist doch, daß die kleinen Geschäftsleute, die doch nur von den Arbeitern leben, so spießbürgerlich beschränkt sind, daß sie eben- falls an dem Treiben gegen die Arbeiter teilnehmen, von deren Gnaden sie existieren. Natürlich werden wir diesen einseitigen Leuten durch entsprechende Regulierung der Nahrungsmittelkäufe die gebührende Antwort zu erteilen wissen. Doch kann nicht verschwiegen werden, daß die hiesigen Arbeiter hinsichtlich der Betätigung der sieghaften Solidarität noch nicht ganz auf der Höhe der Situation stehen. Die Unterordnung des Einzelnen zum Zwecke der Erreichung eines der Gesamtheit dienlichen Er- folges wird noch nicht genügend als eine unbedingt notwendige Kampfesart und als genossenschaftliche und moralische Pflicht begriffen. — Die Kollegen in der Umgebung eruchen wir, bei Vergnügensausflügen Ströbel zu meiden, weil das für uns eine wirksame Unterstützung bedeutet. In Görlitz, Leipzig, Bres- lau usw. hat die Fähigkeit und Energie der Arbeiter in allen Lotteriekämpfen gesiegt. Auch wir hoffen zuversichtlich, daß wir den angestrebten Sieg erringen.

Lohnbewegung der Steinbauer in Mannheim.

Mit dem 1. April dieses Jahres ist auch für die Man- n- heimer Steinbauer das wilde Affordsystem gefallen und es sind dieselben in ein geregeltes Lohn- und Arbeitsver- hältnis eingetreten. Nachdem bereits Ende des letzten Jahres von unserer Seite ein Tarif ausgearbeitet wurde, schickten wir selbigen den hiesigen Steinmetzmeistern am 23. Januar zu. In- folge der Gesundheitschädlichkeit unsres Berufs war unsere Forderung hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Affordarbeit. Wir verlangten: 1. für ganz Mannheim die gleiche Arbeitszeit, und zwar im Sommer 8 1/2 Stunden, im Winter nach der Tageslänge; 2. Einteilung in drei Lohnklassen, und zwar 1. Klasse 60 Pfg., 2. Klasse 68 Pfg., 3. Klasse 74 Pfg. pro Stunde. In dem Antwort- schreiben der Herren Unternehmer erklärten diese sich bereit, mit uns zu verhandeln. Nach zweimaliger Unterhandlung kam dann ein Lohnsatz und eine Arbeitsordnung mit folgenden Hauptpunkten zustande:

Sämtliche Arbeit wird im Tageslohn angefertigt, die Stein- arbeiter werden nach ihren Leistungen in Klassen eingeteilt. Der Lohn beträgt für einen Steinarbeiter 1. Klasse 60 Pfg. pro Stunde, 2. Klasse 65 Pfg., 3. Klasse 70 Pfg. Ueberstunden werden mit 50 Prozent, Nacht- und Sonn- tagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Arbeitszeit ist für ganz Mannheim die gleiche, und be- trägt vom 1. März bis 1. November 8 1/2 Stunden; vom 1. No- vember bis 1. März wird gearbeitet nach Tageslänge und Witterung. Der Feiertag des 1. Mai wird kein Hindernis in den Weg gelegt. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. Die Lohnzahlung ist wöchentlich, und zwar jeden Sonnabend sofort nach Schluß der Arbeitszeit. Sämtliches Werkzeug ist vom Arbeitgeber zu stellen, mit Ausnahme des Knüppels; ebenso hat derselbe für das Schärfen Sorge zu tragen. Der Arbeiteraus- schuß jedes Werkplatzes wird vom Arbeitgeber als Vertreter sämtlicher beschäftigten Arbeiter anerkannt, und es darf dessen Betätigung, welche mit seinem Amte in Verbindung steht, keine Entlassung im Gefolge haben.

Dieser Vertrag trat am 1. April 1906 in Kraft und ist rechtsgültig bis 31. März 1908.

Sind auch unsere Forderungen nicht ganz erfüllt worden, so haben wir doch einen Schritt vorwärts getan, und Pflicht unsrer Kollegen wird es sein, dafür zu sorgen, daß dieser Ver- trag auf keiner Seite durchbrochen wird, und daß es in kurzer Zeit keinen Steinbauer mehr gibt, der nicht organisiert ist oder unter dem Minimallohn arbeitet. Durch unsere Organisation und das Entgegenkommen der Unternehmer war es uns mög- lich, diesen Vertrag ohne Arbeitsniederlegung zu erreichen.

Rundschau.

Vom Kapitel „Erpressung“. Das Wort unsres Al- teisters Engels, daß die staatlichen Institutionen, wie Justiz usw., nur ein raffiniert organisierter Verwaltungs- auschuß der kapitalistischen Interessen sein können, wird von dem Arbeiter, der die Schönheiten unsrer Gesellschafts- ordnung täglich am eignen Leibe zu spüren bekommt, als eine Wahrheit begriffen, die zu sicher ist, als daß man noch darüber zu diskutieren nötig hätte. Unsrer Leser kennen die Strafe, welche über unsern Redakteur Stau- dinger wegen „Erpressung“ verhängt wurde, und wir zweifeln nicht, daß sie sich dazu einen echt proletarischen Vers gemacht haben. Als Gegenstück können wir aber unsern Lesern folgende Mitteilung des Kasseler Volksblatts nicht vorenthalten: „Jetzt miichen sich auch schon die Orts- diener in verschiedenen umliegenden Dörfern in den Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. In

Aus Geschichte und Praxis der Gewerkschaften.

IV.

Am vierten Abend des vom Bildungsausschuß in Bremen arrangierten Vortragszyklus wurde der Aufbau und die Unter- stützungs- Einrichtungen der Gewerkschaften behandelt.

Man hat die inneren Einrichtungen der Gewerkschaften oft mit denen eines Staatswesens verglichen und sie als Staat im Staate bezeichnet. Aber es ist ein demokratisches Staatswesen durch und durch. In ihm kann der Wille des einzelnen Mit- gliedes in hohem Maße zum Ausdruck kommen. Die Führer und Leiter werden nicht ernannt, sondern gewählt. Im Gegensatz zu den Christlichen und Girsch-Dunderschen Organisationen, in denen kirchliche Elemente eine große Rolle spielen und sehr oft die Führung in Händen haben, sind die Führer der freien Ge- werkschaften sämtlich aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Die Vorstände, Kassierer, Redakteure, Gau- und Lokalbeamte sind alle vorher in dem betreffenden Berufe tätig gewesen. Dieser demokratische Zug zeigt sich sowohl im untersten Glied der Ge- werkschaft, der Zahlstelle, wie in der höchsten Instanz, der Generalversammlung. In den Zahlstellen sind jedes Jahr Neu- wahlen vorzunehmen; um eine gewissenhafte Kasseeinführung zu ermöglichen, müssen in vielen Gewerkschaften die Revisoren in den Zahlstellen wechseln. Die Zahlstellen sind nicht in sich ab- geschlossene Vereine, wenn auch die Rechenschaft in letzter Zeit sie zu selbständigen Vereinen stempeln möchte. Sie sind abhängig vom Zentralvorstand, dem sie vierteljährlich die Gelder abliefern müssen, sie müssen bei Streiks usw. die Genehmigung des Zen- tralvorstandes einholen, in manchen Gewerkschaften hat der Vor- stand das statutarische Recht, die Zahlstelle aufzulösen.

In einigen Gewerkschaften, besonders bei Industrieer- wänden, zerfällt oft die Zahlstelle noch in besondere Branchen- sektionen, in denen das berufliche Interesse gepflegt wird. Die Zahlstellen verbinden sich an den Orten zu Gewerkschafts- kartellen. Das erste Kartell wurde 1891 in Hamburg gegründet, 1903 bestanden 413, 1905 bereits 506. Die Aufgaben der Ge- werkschaftskartelle sind sehr groß. Sie haben besonders die Ge- werberechtswahlen zu leiten, eventuell Bibliotheken zu er- richten und die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter an Orten den Behörden usw. gegenüber zu vertreten. Die Gewerks- chaftskartelle haben vor allem die Arbeitersekretariate ins Leben

gerufen, die sich heute als überaus segensreiche Institute bewährt haben. Die meisten Sekretariate werden durch die Beiträge der Gewerkschaften erhalten. Auf dem Gebiete der gesetzlichen Ver- sicherungsansprüche haben sie sich als die Anwälte der Arbeiter viele Verdienste erworben. An einigen Zahlen wies der Referent nach, wie die erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftsätze in den letzten Jahren an Zahl gestiegen sind.

Eine andre Institution der Gewerkschaften sind die Gau- oder Bezirksverbände, denen sehr häufig besoldete Beamte vor- stehen. In großen Verbänden hat sich das Bezirksleitersystem vorzüglich bewährt. Die Gauleiter betreiben vornehmlich die Agitation und haben auch die Lohnbewegungen in den Orten ihres Bezirks zu überwachen oder zu leiten. Im Zentralvor- stand laufen alle Fäden zusammen. Die Aufgaben des Zentral- vorstandes sind in den meisten Organisationen statutarisch fest- gesetzt. Zu seiner Ueberwachung ist in einem beträchtlichen Teil der Gewerkschaften der Zentralkonsequenz eingesetzt, der in einer andern Stadt seinen Sitz hat und in wichtigen Verbandsfragen in Gemeinschaft mit dem Vorstande die Entscheidung trifft. Die Generalversammlung des Verbandes ist die höchste Instanz, auf der die Rechenschaftsberichte entgegengenommen und die Neu- wahl der Verbandsleitung vollzogen wird. Sie beschließt über die Höhe der Beiträge, über die Aenderung der Statuten, über Lohnbewegungen usw. Die Generalkommission ist gleichsam der Ausschluß der Zentralverbände. Sie hat die allgemeine Agitation zu betreiben, in besonders rückständigen Gegenden Sekretariate zu errichten, die Gewerkschaftskongresse einzuberufen. Sie gibt das Korrespondenzblatt heraus, in dem wöchentlich eine Uebersicht über wichtige gewerkschaftliche und Arbeiterfragen des In- und Auslandes gegeben wird. Die Zentralverbände erhalten durch Beiträge, die pro Mitglied berechnet werden, diese Institution. Der Gewerkschaftskongress behandelt allgemeine und auch beruf- liche Fragen, wenn diese wichtig erscheinen. Der Kongress in Köln nahm u. a. Stellung zur Streikunterstützung, zum Kost- und Logiswesen, zu schwebenden Fragen, wie Gewerkschaften und Genossenschaften, Generalkongress und Meißer.

Das Unterstützungswesen der Gewerkschaften ist aufgebaut auf den Beiträgen. An der Entwicklung der Beiträge zeigt sich die Entwicklung der Unterstützungswege. 1891 hatten noch 29 Verbände einen Beitrag von unter 20 Pfg., 1900 noch 15 und 1905 bestand nur noch eine Gewerkschaft mit diesem niedrigen Beitrag. Die Befürchtungen, daß mit Erhöhung der Beiträge eine allgemeine Mitgliederflucht stattfinden, ist nicht eingetreten. Einzelne Berufe, besonders die des Baugewerbes, erheben

die Beiträge nach den Stundenlöhnen ihrer Mitglieder. In den Verbandsstatuten finden sich die ver- schiedenartigsten Bestimmungen über die Höhe des Beitrags. So bei den Bauhilfsarbeitern, den Malern, den Heizern und Maschi- nisten. Die Einnahmen sind pro Mitglied sehr verschieden. 1894 nahm der Holzarbeiterverband 7 Mk. pro Jahr und Mitglied ein, 1904 24 Mk.

Die Maßregelungsunterstützung wird in allen Verbänden bezahlt. Manche Verbände zahlen zwei Drittel, andre drei Viertel des Lohnes, den der Gemäßregelte bisher bezog. 1904 wurden fast 600 000 Mk. an Maßregelungsunterstützung bezahlt. Die Streikunterstützung ist die bedeutendste Unterstützung. Sie soll den im Kampfe stehenden Arbeiter zum Ausdauern an- spornen. Es ist die Regel, daß die verheirateten Mitglieder eine höhere Streikunterstützung erhalten, als die ledigen, während bei den andern Unterstützungen die Dauer der Beitragszahlung maßgebend ist. Die Reiseunterstützung haben einige Verbände, wie die Bergarbeiter, die Buchdruckerhilfsarbeiter, Gasen- arbeiter und Schiffszimmerer nicht eingeführt, da dort die be- ruflichen Verhältnisse dagegen sprechen. Diese Organisationen haben dafür die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Diese ist von 44 Verbänden eingeführt und hat durchaus den Kampfes- charakter der Gewerkschaften nicht geschwächt. Sie ist vor allem geeignet, die Fluktuation einzuschränken. Die Fluktuation ist besonders in den Bauberufen sehr groß. Tausende neu auf- genommener Mitglieder gehen wieder verloren. Die Kranken- unterstützung ist in vielen Berufen eingeführt. Sie ist vor allem als Zuschuß zu dem obligatorischen Krankengeld gedacht, das allein nicht ausreicht, den kranken Arbeiter und seine Familie zu erhalten. An Unterstützungen werden sonst noch Rechtschluß, Umzugskosten, Referve- und Landwehrlöhnerunterstützung ge- zahlt. Die Gewerkschaften nehmen dem Staat durch ihre Unter- stützungsanstalten viele Verpflichtungen ab, sie entlasten auch die Armenpflege. In Bayern ist eine Verordnung an die Be- hörden ergangen, die bestimmt, daß organisierte Buchdrucker, die sechs Wochen arbeitslos umhergewandert sind, nicht als Land- streicher im landläufigen Sinne zu betrachten sind, da die Unter- stützungsanstalten des Verbands sie vor völliger Mittellosigkeit schützen.

So wirken die Gewerkschaften als Kulturträger. Sie leisten heute Kulturarbeit im wahren Sinne des Wortes, was die vor- geführten Zahlen beweisen.

den letzten Tagen wurde in Niederbellmar, Oberbellmar, Gedeershausen und Frommershausen durch den Ortsdiener ausgeschickt, daß derjenige, der nicht am Montag zur Arbeit gehe, Bestrafung zu gewärtigen habe. Was wohl in aller Welt geht wohl der Kampf bei Fröhlich u. Wolff die Diener der genannten Ortschaften an? Den Leuten können wir nur empfehlen, sich um Kommunalangelegenheiten zu kümmern, und den Streit zwischen F. u. W. und deren Arbeitern ruhig beiden Teilen zur Entscheidung zu überlassen. Aber auch von anderer behördlicher Seite wird versucht, den Verfilbaronen Hilfe zu leisten. Ein Bahnhofsvorsteher erklärte einem Arbeiter: „Wenn er nicht dafür Sorge, daß seine Tochter wieder bei F. u. W. zur Arbeit gehe, er entlassen würde!“ — Tränenden Augens kam das Mädchen am Montag zur Arbeit und erklärte dem Streikposten: „Ich muß arbeiten, mein Vater wird sonst an der Bahn entlassen.“ — Der Kapitalismus, der die Arbeiter auslaugt, benutzt seine wirtschaftliche Machtstellung nicht nur, um die Arbeiter niederzuhalten, sondern um auch staatliche und kommunale Behörden sich dienstbar zu machen.

Die Christlichen und die Katholischen tragen ihren Gewerkschaftstreit jetzt schon vor Gericht aus. Am Schöffengericht in Saarbrücken wurde eine Beleidigungsklage des Redakteurs Dr. Krudemeyer von der Dabachischen St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Hüskes verhandelt. Mitte November vorigen Jahres war in Püttlingen eine Versammlung, in der der bekannte Zentrumsabgeordnete Kaplan Dabach das Referat hielt. In der Diskussion trat der christliche Arbeitersekretär Hüskes mit allerhand Anklagen Dabach gegenüber und behauptete, daß die ganze Dabachpresse von Dabach abhängig sei und die Redakteure nach seiner Pfeife tanzen müßten. Zum Beweise seiner Behauptung führte er an, daß ihm der Chefredakteur Dr. Krudemeyer gesagt habe, daß sie (die Redakteure der Dabachpresse) gerne für die christlichen Gewerkschaften eintreten möchten, aber Sie kennen ja die Verhältnisse, wir können nicht: Dabach! Da Hüskes diese Äußerung in die Saarpfost lancierte, fühlte sich der Redakteur Krudemeyer beleidigt und strengte Beleidigungsklage an. In der Gerichtsverhandlung gab Hüskes zu, jene Äußerung getan zu haben, mußte aber auf die Frage, ob er sie auch beweisen könne, mit „Nein“ antworten. In der Tat konnte er auch nicht die Spur eines Beweises erbringen. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde er zu 20 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Wie die Volkszeitung mitteilt, mußte sich Hüskes schon einmal wegen verleumderischer Beleidigung des Klägers verantworten, wo er aber seine Äußerung unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm und sich neben Tragung der Kosten zur Zahlung einer Buße an die Armenkasse verpflichten mußte. Im Anschluß an den Gerichtsbericht bemerkt die Volkszeitung: „Daraus geht hervor, daß Herr Hüskes es mit der Ehre seiner Mitmenschen nicht immer genau nimmt. Wir meinen aber, ein Mann, dem dermaßen seine Zunge durchgeht, ist keineswegs für einen so verantwortlichen Posten, wie es der eines christlichen Gewerkschaftssekretärs ist, zumal hier im Saarrevier, geeignet.“ Wir halten im Gegensatz zur Volkszeitung den Mann für sehr geeignet, in „christlicher Agitation“ zu machen. Oder glaubt etwa die Volkszeitung, daß etwas besseres nachkommen würde? Müßten sie doch sämtlich die München-Gladbacher Jesuitenschule durchlaufen, wo sie alle über einen Kamm geschoren werden. Uns will es aber dünken, als ob Herr Hüskes ganz besonders aus den Brüsten des Herrn Brust die Milch der frommen Denkart gesogen hat, denn dieser erklärte einmal, daß Verleumdungen zu seinem Geschäft gehöre. Deshalb braucht man sich gar nicht zu wundern, wenn die Schüler genau in die Fußstapfen ihres Meisters treten, dabei aber keinen Unterschied zwischen Freund und Feind machen. Die Arbeiterchaft möge aber daraus ersehen, mit welchen Mitteln jene Leute arbeiten, die in den Versammlungen erklären, die Arbeiter müßten sich um deswillen den christlichen Leiden an ihrer Religion.

Die Vernunft bricht sich Bahn. „Es gibt eine Spezies Sozialpolitiker, die alle Streiks und Aussperrungen, die den Arbeitern keine greifbaren Erfolge bringen, als für letztere vollständig ergebnislos genau registrieren, und jeden Streik oder jede Aussperrung mit für den Arbeiter positiven Ergebnissen entweder verschweigen oder die Erfolge zu verkleinern suchen. Sie konstruieren so ihre Argumente für die These, daß wirtschaftliche Machtkämpfe nie und unter keinen Umständen den Arbeitern Verbesserungen ihrer Lage bringen können und diese deshalb absolut zu verwerfen seien. Sie bekämpfen deshalb die rein wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, weil sie den Machtkampf, den Streik, als letztes Mittel in ihrem Programm haben. Es sieht sie nicht an, daß unsere ökonomische Entwicklung mit ihrer großen sozialen Schichtung rein wirtschaftliche Organisationen überhaupt bedingten; und daß ferner die aus Menschen — und folglich mit allen menschlichen Gebrechen behafteten — zusammengesetzten Interessensverbände bei dem Ausgleich der widerstreitenden Interessen sehr leicht in einen Machtkampf geraten können. Sie wissen es nicht, oder wollen es nicht wissen, daß die Kulturgeschichte in allen Zeitepochen solche Kämpfe aufweist und sie ausgeglichen wurden dadurch, daß die bevorzugten Volksschichten den um Besserung ihrer Lage kämpfenden entgegenkamen! Diese Kämpfe müssen nicht sein; sie sind nicht naturnotwendig. Aber die Mehrzahl der Menschen ist nun einmal so: Unkenntnis, Vorurteile und auch niedriger Egoismus ließen und lassen sie der emporkommenden Volksklasse sich entgegenstemmen. Belehrungen und nicht zuletzt die Wunden, die die Kämpfe dem sozialen Körper schlugen, und durch die folglich auch die bevorzugten Klassen als Glied des Ganzen getroffen wurden, führten schließlich zum Ausgleich der Interessensgegenätze. So war es und so ist es auch heute noch.“ Wo lesen wir diese Apologie des Klassenkampfes? — In der Westdeutschen Arbeiterzeitung. — Trotzdem sind wir solche Szeptiker und glauben, daß die Westdeutsche ihre eigene Weisheit bald vergessen hat und bei nächster Gelegenheit wieder über „sozialdemokratische Machtkämpfe, die der Arbeiterchaft nichts nützen“, schreiben wird.

Was dem Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation bringt, läßt recht drastisch ein Buchlein erkennen, das im Verlag von Fr. Schrader in Hamburg, Vorsitzenden des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, erschienen ist. Es bringt nur ganz wenige Worte des Textes

und rund 140 Seiten Tabellen. Aber diese Tabellen, die das Resultat umfangreicher, mühseliger und sorgfamer Erhebungen über die Arbeitszeit und Löhne der Zimmerer Deutschlands sind, reden eine eindringlichere, deutlichere Sprache, als Leitartikel und tiefgelehrte seitenlange Abhandlungen. Sie zeigen, was der Zimmererverband im Lauf von 20 Jahren, von 1885 bis 1905, für seine Mitglieder, für die im Zimmergewerbe tätigen Arbeiter an Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, an Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohns getan hat. Es liegen die Resultate der Erhebungen in über 600 Orten vor, und sie alle zeugen von einem erheblichen Fortschritt, der dem Unternehmertum mühsam in opfervollen Kämpfen Schritt um Schritt abgerungen werden mußte. Wenn irgendetwas, so beweist aber gerade das den Nutzen und die Notwendigkeit des Verbands, der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt. Die Zimmerer haben in ihrer Majorität diese Notwendigkeit erkannt. Das zeigt, daß sie ihrer Organisation willig auch die für die so erspriehliche Kriegführung absolut notwendige Munition liefern. Für die Kämpfe, die die Zimmerer im Jahre 1905 geführt haben, sind die notwendigen Gelder fast ganz ausschließlich von den Zimmerern selbst aufgebracht. Es wurden 85,41 Prozent aus der Zentralkasse, 10,45 Prozent aus den Lokalfonds und 3,68 Prozent von den in Arbeit stehenden Zimmerern bezahlt, und nur 0,46 Prozent wurden von fremder Seite aufgebracht. Auch das ist eine höchst erfreuliche Erscheinung, die viele andre Verufe sich als Nachahmung dienen lassen können.

Auch sonst enthält das Büchlein noch eine ganze Reihe statistischer Mitteilungen, die einen interessanten Einblick in die Tätigkeit der Zimmererorganisation gewähren.

Aus deutschen Gewerkschaften. Der Verband der Zimmerer zählte nach seiner Abrechnung vom 4. Quartal 1905 am 31. Dezember 43 253 Mitglieder in 622 Zahlstellen. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 919 169,61 Mk. — Die Mitgliederzahl des Bauhilfsarbeiterverbandes betrug am Schlusse des 4. Quartals 1905 insgesamt 58 225. Das Verbandsvermögen betrug am 31. Dezember 397 937,40 Mk. oder 177 939,70 Mk. mehr als am Schlusse des Jahres 1904. Der Ausgabeposten für geführte Kämpfe zeigt ein äußerst reges Bild. Zur Unterstützung Streikender wurden 161 225,75 Mk., für Ausgesperrte 130 225,99 Mk., für in Mitleidenschaft gezogene Berufscollegen 49 114,77 Mk. und an Gemäßregelte 7193,89 Mk. verausgabt. Ferner zur Unterstützung für Streiks in andern Verufen 2000 Mk. Insgesamt wurden also für Kämpfe 349 760,40 Mk. im Berichtsjahre verausgabt. Die Gesamteinnahme belief sich inklusive des Passenbestands von 106 264,12 Mk. am Schlusse des Jahres 1904 auf 779 333,58 Mk., davon an Beiträgen aus den Zweigvereinen 639 646,05 Mk. Ueber die Hälfte der Beiträge wurden also für Kampfeszwecke verwendet. Die Jahresabrechnung des Verbands pro 1905 zeigt übrigens am besten die Stärke, die diese Organisation heute bereits erlangt hat und die Kampfesfreude, von der seine Mitglieder beseelt sind. — Der Buchdruckerhilfsarbeiterverband hat 3779 weibliche Mitglieder bei 3218 männlichen. — Der Schneiderverband steigerte seine Mitgliederzahl von 24 auf 31 000, die Zahl der weiblichen Mitglieder verdoppelte sich zwar — sie beträgt 2669 — bleibt aber immer noch äußerst gering im Verhältnis zur unendlich großen Zahl der in der Konfektion beschäftigten Arbeiterinnen. — Der Wäschearbeiterverband erhielt nicht zum mindesten wegen seiner großen Streiks in Berlin, Kottbus und Bielefeld, einen ganz erheblichen Mitgliederzuwachs, er zählt etwa 7000 Mitglieder, hat aber auch nicht unbedeutende Schulden durch die ihm aufgedrungenen Kämpfe gemacht; sie belaufen sich auf etwa 76 500 Mk. Am 15. April findet in Berlin die Generalversammlung des Verbandes statt.

Soll der Eisenbahner Politik treiben? Dazu wird dem Bedruf der Eisenbahner geschrieben:

Die Frage, ob der Eisenbahner Politik treiben soll, muß jetzt, angesichts der Vorgänge und Verhältnisse hin und außerhalb der Eisenbahnwerkstätten, mehr denn je gestellt und beantwortet werden. Wenn schon bisher der Ausspruch: „Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein!“ in keiner oder ungenügender Weise befestigt fand, so kann man jetzt nachweisen, daß Arbeiter in Privatbetrieben zum Teil mehr Rechte besitzen und auch hinsichtlich des Verdienstes besser gestellt sind, dank ihren weit ausgebauten Organisationen. Wie sieht es nun in den preussischen Werkstätten aus? Die Deffentlichkeit erfährt ja sehr wenig von den Zuständen in den Eisenbahnwerkstätten. Denn derjenige Eisenbahner, der es wagen würde, einmal wahrheitsgemäß seine Lage zu schildern, würde bald den Werkstätten den Rücken kehren müssen. Es würde ihm als ein Verbrechen angerechnet werden, wollte er von dem vielgepriesenen deutschen Recht Gebrauch machen, d. h. sich organisieren oder seine Meinung frei äußern. Er darf höchstens ganz bescheiden bitten, aber nur das, eine Erfüllung seiner Bitte darf er nicht fordern, denn dann ist er unzufrieden und in dem Reiche des heiligen Buddhismus darf es keine Unzufriedenen geben, dort soll eitel Glück und Zufriedenheit herrschen.

Daher kommt es, daß von den Zuständen der glücklichen Eisenbahnarbeiter so wenig an die Deffentlichkeit dringt. Die Gerichtsurteile bei Eisenbahnunfällen geben oft ein beredtes Zeugnis von dem Verdienst, der Arbeitszeit und der Behandlung. Hier und da bringt vielleicht der Zufall manchmal eine Kunde aus dem absolutistischen Reiche des Herrn Budde. Die zuständige Stelle, der preussische Landtag, wo über die Verhältnisse geurteilt werden könnte, ist ja dem Einfluß der Arbeiter, dank dem abscheulichsten aller Wahlssysteme, entzogen.

So steht der Arbeiter völlig rechtlos in seinem Dienstverhältnis auf Gnade und Ungnade seinen Vorgesetzten preisgegeben. Man hat zwar Arbeiterausschüsse, hat Eisenbahnvereine, aber nur die Namen hat man, die Rechte nicht.

Dann ruft der Einsender, ein ehemaliger preussischer Werkstättenarbeiter:

„Eisenbahner Preußens, wie lange noch wird man Euch als Staatsbürger zweiter Klasse betrachten und behandeln. In Massen hinein in die Organisation, in den deutschen Eisenbahnerverband! Was Eure süddeutschen Kollegen können, darf Euch nicht verlag werden. Wendet Euch an die Gewerkschaftskartelle Eures Wohnorts, sie werden Euch vertreten und behilflich sein, daß Ihr Mitglieder des Verbandes werdet, um so die Rechte zu er-

langen, die man Euch entzogen hat. Die Eisenbahner müssen Politik treiben, damit sie Rechte erlangen und diese sichern durch Beteiligung an den Wahlen, damit richtige Volksvertreter über ihr Wohl beraten, durch Zugehörigkeit einer Organisation, mit deren Hilfe sie ihre bedrückte Lage verbessern können.“

„Der Arbeiter muß immer arm bleiben...“ denn was in Jahrtausenden von den Besten nicht geändert werden konnte, seitdem der Fluch Gottes im Paradiese auf der Menschheit lastet, das wird sich nie — nie ändern.“ So zu lesen in einem liberalen in Lindau am Bodensee erscheinenden Organ.

Wenn das stimmt, so haben die Arbeiter um so mehr Anlaß, mit aller Energie für die Herbeiführung einer gerechteren Gesellschaftsordnung zu kämpfen, in der nicht der, der hart arbeitet, hungern muß, während der faule Gauch schlemmt!

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Sonnabend, den 7. April, kurz vor 4 Uhr nachmittags, ereignete sich in einem Betriebe in Babel bei Meissen wiederum ein gräßlicher Unglücksfall. Drei Arbeiter waren damit beschäftigt (ungefähr 10 Meter hoch), den Felsen abzuräumen. Auf unerklärliche Weise stürzte der im Ausgang der sechziger Jahre stehende Kollege Wilh. Schütze ab. Hinter ihm sich lösendes Gestein zermalmte seinen Kopf und andre Teile des Körpers.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Leinen. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung ist die ständige Zahlstelle nach Heidelberg verlegt und heißt also jetzt: Zahlstelle Heidelberg.

Mützen II. Das Buch Nr. 38110, lautend auf den Namen Emil Glanze, geb. den 29. Juli 1884 zu Königstein a. Elbe, ist verloren gegangen. Bruno Wolf, Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

(Bei der Einsendung von Adressenänderungen müssen wir dringen um deutliche Schrift bitten.)

- Kiel.** Vorsitzender: Fr. Könnpapel, Harriesstraße 29, II. r.
- Blagwitz-Edenberg.** Kassierer: Alred Tiege, Löwenberg i. Schlesien, Katholische Kirchstraße 86, 5. l.
- Regensburg.** Vorsitzender: W. Kürztnger, Kepplerstr. D. 47.
- Deßau.** Vorsitzender u. Kassierer: Emil Lau, Lörtenstr. 52, II.
- Potsdam.** Vorsitzender: Alred Schaefer, Augustastr. 35.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeituchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Granitwerk Schirgiswalde

Pötzsch & Schierz
Betriebsstelle: Schirgiswalde, Bahnlinie Bischofswerda-Zittau.

Wir erweitern unseren Betrieb und stellen bei dauernder und lohnender Sommer- und Winterarbeit sofort ein:

30-50 tüchtige Granitsteinmetzen

sowie
20-30 tüchtige Speller und Pflastersteinschläger

Von auswärtig zureisenden Leuten vergüten wir nach 14tägiger zufriedensstellender Arbeit 3 Mark Reisepfeifen.

Ein Steinmetz

auf Grabdenkmalarbeiten und Granitschriftzauen verlangt
E. Zimmermann in Strausberg b. Berlin.



Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.

Am 2. April starb in Schlegel unser Kollege
Bernhard Süßmuth
im Alter von 22 1/2 Jahren an der Berufsfrankheit.
Ehre seinem Andenken!
1.35] **Zahlstelle Breslau I.**

Am 2. April starb unser werter Kollege
Heinrich Amend
im 35. Lebensjahre an der Berufsfrankheit.
Ehre seinem Andenken!
1.35] **Die organisierten Steinmetzen Oldenburgs.**

Am 4. April starb nach 1/2 jährigem Krankenlager unser Kollege
Ernst Mundle
im Alter von 28 Jahren 2 Monaten an der Lungenschwindsucht.
Die Erde möge ihm leicht sein!
1.80] **Zahlstelle Stralsburg i. Ost.**

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Schlee, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchbinderei Aktiengesellschaft.